



## Volksbegehren: Fast 25.000 Thüringer wehren sich



Fast 25.000 Unterschriften gegen unfaire Komunalabgaben wurden am Freitag im Innenministerium abgegeben. Foto:Peter Michaelis

Die Chancen für die Zulassung eines Volksbegehrens gegen unfaire Kommunalabgaben in Thüringer Städten und Gemeinden verbessern sich.

Erfurt. Am Freitag übergab die Bürgerallianz eine Unterschriftenliste von 24.662 Unterzeichnern an das Innenministerium. Erforderlich wären lediglich 5000 Unterschriften gewesen, sagte der Landesvorsitzende der Bürgerallianz, Peter Hammen, gegenüber unserer Zeitung.

Ziel der Aktion sei, die demokratischen Rechte der Gegner überhöhter Beiträge für den Straßenausbau und im Abwasserbereich durchzusetzen und das Abkassieren zu stoppen.

"In kaum einem anderen Bundesland wird der Bürger über die üblichen Gebühren und Steuern hinaus mit solchen zusätzlichen Beiträgen belastet", kritisierte Hammen die Praxis in vielen Thüringer Kommunen. Diese sei nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, das derartige Beiträge an einen direkten Nutzen für den Anlieger koppelt. "Das ist eigentlich nur dann der Fall, wenn Neues auf der grünen Wiese entsteht. Für 99 Prozent der betroffenen Thüringer Bürger aber trifft das nicht zu", so Hammen. Er befürchtet, dass das Geld vielmehr in den ganz normalen Kassen versickere.

Die Kommunen pauschal zu verurteilen, lehnt der Chef der Bürgerallianz allerdings ab: "Es gibt auch Städte und Gemeinden, die ohne diese Beiträge auskommen. Es sind all jene, die klug und gesund gewirtschaftet haben."

Die Ursachen der "Misswirtschaft" sieht das Bündnis gegen überhöhte Kommunalabgaben in einer Vielzahl von Fehlplanungen. So seien nach der Wende viele Kläranlagen überdimensioniert worden, habe man die falschen Methoden angewandt und bürokratische Strukturen geschaffen, die viel zu viel Geld kosten. Man habe beispielsweise verpasst, rechtzeitig effiziente und kostengünstige kleine Abwassersysteme einzurichten. All das auf den Schultern der Bürgern auszutragen, sei nicht länger zumutbar, so Peter Hammen.

Er vermisst zugleich eine faire Basis der Abrechnung der Kosten: "Viele dieser Beiträge werden willkürlich erhoben."

Die gut gefüllte Unterschriftenliste der Bürgerallianz zeigt aus Sicht des Bündnisses das Empörungspotenzial. Die neue Liste soll jetzt auf Übereinstimmung mit den Melderegistern geprüft werden.

Verläuft die Prüfung positiv, ist es an Landtagspräsidentin [Birgit Diezel](#) (CDU) zu entscheiden, ob das Volksbegehren zugelassen wird. Lehnt Diezel ab, will die Bürgerallianz den Thüringer Verfassungsgerichtshof anrufen.

Das Bündnis gegen überzogene Kommunalgebühren will 10 Prozent der Thüringer Wahlberechtigten für seine Ziele mobilisieren. Rund 190.000 Thüringer müssten innerhalb weniger Monaten unterschreiben. Nur so kann die Landesregierung gezwungen werden, sich erneut mit dem Thema zu beschäftigen.

Aus Sicht der Befürworter der Beitragserhebung war der bisherige Zustand nicht haltbar, wonach die Bürger in einigen Kommunen zur Kasse gebeten wurden, in anderen nicht. Die meisten Städte und Gemeinden hätten Satzungen erlassen und Beiträge eingezogen. Dass sich eine Minderheit nicht an das Recht halte, könne nicht toleriert werden.

Wiederholt waren Linke und Grüne im Landtag mit einem Alternativentwurf gescheitert.

## **Zankapfel seit vielen Jahren**

- Die umstrittene Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wurde neu geregelt. Mit den Stimmen der schwarz-roten Koalition verabschiedete der Thüringer Landtag die Änderung des Kommunalabgabengesetzes.
- Mit der Novelle wurde konkreter gefasst, was seit 1991 gesetzlich vorgeschrieben ist: Die Anlieger müssen sich an den Kosten für den Ausbau anteilig beteiligen.
- Rund 20 Prozent der betroffenen Gemeinden hat bislang das Gesetz noch nicht umgesetzt und die Bürger von zusätzlichen Beiträgen befreit.
- Gemeinden, die nicht oder nur gering verschuldet sind, wird ermöglicht, von einer Beitragserhebung abzusehen.
- Linke und Grüne wollten die Beiträge abschaffen und mithilfe einer Infrastrukturabgabe alle Bürger an den Kosten beteiligen.

Dietmar Grosser / 21.08.11 / TA